

Hamburg, 2. November 2018

Altersarmut im Fokus – Seniorenbeirat führte Gespräch mit Bundestagsabgeordneten zur künftigen Rentenpolitik

Der Landes-Seniorenbeirat Hamburg (LSB) begrüßte am 2. November fünf Hamburger Bundestagsabgeordnete in seiner Geschäftsstelle. Armut trotz Rente, von der ein wachsender Anteil der Älteren betroffen ist, bildet ein Schwerpunktthema der Seniorenvertretung. Wie sehen die Konzepte der Parteien aus, um das Rentensystem gerechter zu machen und zukunftsfähig zu entwickeln? Das wollte der Seniorenbeirat von den handelnden Politikern im Bundestag in Erfahrung bringen.

Der Einladung zum Gedankenaustausch waren Johannes Kahrs (SPD), Rüdiger Kruse (CDU), Christoph de Vries (CDU), Dr. Wieland Schinnenburg (FDP) und Zaklin Nastic (Die Linke) gefolgt. Der Vorstand des LSB mit seinem Vorsitzenden Helmut Riedel, erweitert um die Sprecher der LSB-Projektgruppe Altersarmut, erläuterte eingangs den Anlass des heutigen Treffens. Am 4. April hatte der LSB die zunehmende Altersarmut mit einer großen, stark besuchten Veranstaltung in die Öffentlichkeit gerückt. Alle Bürgerschaftsabgeordneten und die Hamburger Bundestagsabgeordneten wurden angeschrieben und auf das drängende Problem angesprochen. Bundesweit beziehen ca. 3,2 Prozent der über 65-Jährigen Grundsicherung im Alter. In Hamburg liegt der Anteil mit ca. 26.000 Personen jedoch doppelt so hoch.

Die Abgeordneten von SPD und CDU wiesen darauf hin, dass die Große Koalition beschlossen hat, dass das Rentenniveau bis 2025 nicht unter 48 Prozent absinken wird. Ohne Gegensteuern würde es auf 43 Prozent absinken. Zu weiteren denkbaren Maßnahmen, wie etwa die Einführung einer Grundrente, sollen zunächst der Bericht der eingesetzten Rentenkommission abgewartet werden. Die Vertreterin der Linken betonte, dass das Einfrieren bei 48 Prozent die grundsätzlichen Probleme des Rentensystems nicht löse. Kontroverse Positionen wurden intensiv diskutiert. Von der FDP kam der Hinweis, dass man das Renteneintrittsalter flexibler handhaben müsse.

Der LSB fordert, dass alle Einkommen zur Rentenfinanzierung herangezogen und versicherungsfremde Leistungen der Rentenkasse aus Steuern bezahlt werden müssen. Staatliche Förderung von privater Vorsorge bringt Geringverdienern nichts. Angesprochen wurde der Mindestlohn, um später Aussicht auf eine auskömmliche Rente zu haben. Die von der Koalition just beschlossene Erhöhung reicht nicht. Im Gespräch wurden von einigen Abgeordneten 12 Euro bzw. 12,63 Euro genannt. Einigkeit bestand in der Runde, dass Länder und Kommunen, auch Hamburg, verstärkt dazu beitragen können, Folgen von akuter Altersarmut abzumildern und die Teilhabe von Bedürftigen am gesellschaftlichen Leben zu verbessern. – Die differenzierte Wahrnehmung der Lebenslagen der älteren Generation hat das heutige Gespräch befördert. Abschließend wurde vereinbart, den gemeinsamen Gedankenaustausch im Frühjahr 2019 fortzusetzen. *[Fotos siehe Folgeseite]*

DIE UNABHÄNGIGE INTERESSENVERTRETUNG DER ÄLTEREN GENERATION

Landes-Seniorenbeirat Hamburg | PRESSEKONTAKT: Anke Fischer-Limbach
Brandstwiete 1 | 20457 Hamburg | TELEFON: 42837-1934 | FAX: 42731-0456
E-MAIL: lsb@lsb-hamburg.de | INTERNET: www.lsb-hamburg.de

**LSB**

Landes-Seniorenbeirat
Hamburg

PRESSE-INFORMATION



Gespräch über Altersarmut und Rentenpolitik in der LSB-Geschäftsstelle am 2. November 2018 mit fünf Hamburger Bundestagsabgeordneten

Foto rechte Bildseite von rechts: Rüdiger Kruse (CDU), Christoph de Vries (CDU), Dr. Wieland Schinnenburg (FDP), Zaklin Nastic (Die Linke) und Johannes Kahrs (SPD). *Linke Bildseite von links:* Claus-Dieter Jost (Sprecher der LSB-Projektgruppe Altersarmut), Helmut Riedel (LSB-Vorsitzender), Karin Rogalski-Beeck (stellv. LSB-Vorsitzende), Inge-Maria Weldemann (Beisitzerin im LSB-Vorstand) und Dieter Mahel (Beisitzer im LSB-Vorstand). *In der Mitte:* Anke Fischer-Limbach (LSB-Referentin und Leiterin der Geschäftsstelle) und Yeter Köse (Mitarbeiterin in der LSB-Geschäftsstelle)



Von links nach rechts:
Dr. Wieland Schinnenburg (FDP),
Zaklin Nastic (Die Linke),
Rüdiger Kruse (CDU),
Helmut Riedel (LSB-Vorsitzender)
und Johannes Kahrs (SPD)

DIE UNABHÄNGIGE INTERESSENVERTRETUNG DER ÄLTEREN GENERATION

Landes-Seniorenbeirat Hamburg | PRESSEKONTAKT: Anke Fischer-Limbach
Brandstwiete 1 | 20457 Hamburg | TELEFON: 42837-1934 | FAX: 42731-0456
E-MAIL: lsb@lsb-hamburg.de | INTERNET: www.lsb-hamburg.de